

Kommunal relevant

Die AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informiert

Große Schnittmenge mit Kommunen

Der Bundesinnenminister in der Sitzung der AG Kommunalpolitik



Vom Vorsitzenden der AG Kommunalpolitik, Peter Götz MdB (Mitte), am 30. Januar 2007 freundschaftlich als „Kommunalminister“ begrüßt: Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble (Links). Foto: Bernhard Link.

Minister Dr. Schäuble ging gleich zu Beginn seines Vortrags auf die Bedeutung der im Grundgesetz geregelten kommunalen Selbstverwaltung ein. Er unterstrich deren mehrdimensionale Bedeutung für das gesamte Staatswesen und würdigte die Elementarkraft in den Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Mit Blick auf die Föderalismus-Diskussion be-

merkte er, dass viele Zeitgenossen die Bedeutung des Föderalismusgedankens nicht in voller Gänze verinnerlicht hätten. Dies zeige besonders der Umgang mit den Folgen der bereits in Kraft getretenen Föderalismusreform I. Der Minister betonte, dass Föderalismus auch das Akzeptieren anderer Zuständigkeiten beinhalte.

Entgegen vorhandener Befürchtungen sieht er die Kommunen in den Beratungen zur Föderalismusreform II gut vertreten. Mit Blick auf die anwesenden Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags und des Deutschen Landkreistags stellte er augenzwinkernd fest, dass – bei aller Wertschätzung – die kommunalen Spitzenverbände weder ein Verfassungsorgan seien noch ein Alleinvertretungsrecht für die Kommunen besäßen. Der Bundesminister versicherte jedoch grundsätzlich, dass die kommunalen Interessen direkt und indirekt vertreten und gewahrt würden. Eindringlich erinnerte er daran, dass es bei dieser Reform nicht um Besitzstandswahrung gehe. Das Ziel sei vielmehr „Optimierung bei gleichbleibenden Mitteleinsatz“.



In jeder Sitzungswoche dienstags um 8 Uhr beraten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände aktuelle Probleme und Lösungsansätze. Foto Bernhard Link.

Bei dem wichtigen Thema Integration wies Minister Schäuble darauf hin, dass auch und besonders die Kommunen vor großen Herausforderungen stehen. Um berechtigte Sorgen auf Seiten der einheimischen Bevölkerungsgruppe zu relativieren, müsse der Öffentlichkeit die Tatsache vermittelt werden, dass im Vergleich zu früheren Jahrzehnten von einem Zuzug praktisch nicht mehr gesprochen werden könne. Integration der hier lebenden Migranten sei wichtiger denn je. Ein breites gesellschaftliches Streben nach Integration sei deshalb so bedeutend, weil Integration letztlich nicht vom Staat allein zu leisten sei. Eltern, Nachbarn, Kollegen, Vereinsfreunde usw. seien im Sinne angewandter Subsidiarität gleichfalls verantwortlich. Die Islam-Konferenz des Bundesinnenministeriums und ihre Folgeveranstaltungen basieren auf dieser Überzeugung und versuchen eine Mitwirkung bei der Ausgestaltung der für Deutschland neuen und unbekanntenen aber real vorhandenen und prinzipiell akzeptierten Religion.

Schäuble machte deutlich, dass nicht nur für die Gruppe der Migranten ein Integrationsdefizit besteht. So entwickelten sich auch aus Nicht-Integration in den Arbeitsmarkt und in gesellschaftlich akzeptierte Wertevorstellungen (Gewaltverzicht usw.) gewaltige gesellschaftliche Trends mit unabsehbaren Folgen. Das damit verbundene Sicherheitsproblem sei deshalb beachtlich, weil es sich im Gegensatz zu dem der französischen „Banlieues“ räumlich nicht am Rande der Städte isoliert konzentriert. In Deutschland verteilt es sich meist über ganze Städte, wenngleich in geringerer Dichte und Schärfe. Er machte deutlich, dass aus sicherheitspolitischen Gründen der Einsatz technischer Hilfsmittel zukünftig erhöht werden müsse. Datenschutz sei dabei wichtig, dürfe jedoch nicht als Vorwand für Untätigkeit missbraucht werden. Die anhaltende Popularität des ehemaligen New Yorker Bürgermeisters Giuliani zeige eindrucksvoll das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit. Dieser führte Anfang der 90er Jahre eine offensive und erfolgreiche Polizeiüberwachung ein, die zu einer Abnahme der Fallzahlen in fast allen Verbrechenkategorien führte. Giuliani setzte in New York die sogenannte Nulltoleranzstrategie um. Dieses Beispiel belege, dass das Problem der Kriminalität durch eine



Stoßen in der AG Kommunalpolitik auf offene Ohren: Dr. Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Dt. Städtetages und Prof. Dr. Henneke, Hauptgeschäftsführer des Dt. Landkreistages. Foto: Bernhard Link.

strikte „Law and Order“-Politik erfolgreich angegangen werden könne.

Über die Gefahrenlage hinaus müsse das Problem politischen Extremismus gleichfalls als Integrationsproblem verstanden werden. Insbesondere gelte es Antworten auf die offensichtliche Attraktivität der NPD für junge Männer zu finden. Dabei betonte Schäuble, dass die Mehrzahl der extremistischen Straftaten dem linksextremistischen Milieu zuzuordnen sei.

Auf die aktuelle Diskussion um eine mögliche Begnadigung ehemaliger RAF-Terroristen angesprochen, hebt der Minister hervor, dass es keinen Rechtsanspruch auf Begnadigung gebe. Er persönlich sehe vielmehr Schuldbewusstsein und Reue als Voraussetzung für den Ausnahmefall einer Begnadigung.

Der anstehenden Tarifrunde sieht der Minister skeptisch entgegen. Die lange Laufzeit, die scheinbar erholten öffentlichen Finanzen und die durch unvorsichtige Politiker gestärkte Erwartungshaltung seien eine schwierige Voraussetzung.



Trotz Halsbeschwerden stets engagiert: Hauptgeschäftsführer Löher vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge, hier im Gespräch mit Uwe Lübking, Beigeordneter des Dt. Städte- und Gemeindebundes. Foto: Bernhard Link.



Bundesinnenminister Schäuble konnte in der Sitzung der AG Kommunalpolitik am 30. Januar 2007 noch keine Angaben zu Standortplänen im Rahmen der Reform der Bundespolizei machen. Diese Diskussion sei verfrüht, schließlich werden derzeit noch objektive Standortkriterien in enger Rücksprache mit den Ländern definiert. Foto: Bernhard Link.

Mit der „Rente ab 67“ konfrontiert, erläutert Schäuble, dass es aus Gerechtigkeitsgründen vorgesehen sei, diese für den Beamtenbereich entsprechend nachzuzeichnen.

In der Diskussion brachte Innenminister Schäuble ferner zum Ausdruck, dass das Thema Integration sich nicht als Bühne für politischen Streit eignet. Dennoch sei darauf zu achten, dass Integration nicht nur auf den individuellen Freiheitsansatz junger Migranten reduziert werde. Dauerhafter – wenngleich schwieriger sei ein die ganze Familien umfassender Integrationsansatz. Dies könne auch den Wert der Familie in

der einheimischen Bevölkerung langfristig steigern.

Den bemängelten schlechten Informationsfluss zum aktuellen Sachstand der umstrittenen Reform der Bundespolizei verteidigte der Minister. Die Reform werde seinerseits mit den relevanten Entscheidungsträgern in den Ländern abgestimmt. Die für betroffene Abgeordnete besonders wichtige Standortdebatte werde erst zu einem späteren Zeitpunkt nach objektiven Kriterien erfolgen. Die Einbindung des Bundestags sei noch verfrüht.

Konzentration auf das Wesentliche

Zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft und der Diskussion um die europäische Verfassung erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz MdB: Die Bundeskanzlerin nutzte die Gelegenheit ihrer Antrittsrede vor dem Straßburger EU-Parlament und sprach Klartext. Eindeutig bekannte sie sich zu einem Europa, das Politikbereiche, bei denen eine europäische Regulierung eher hinderlich ist, ganz bewusst den Mitgliedsstaaten, ihren Regionen und ihren Kommunen überlässt. Damit spricht sie den Kommunen aus der Seele, schließlich ist eine Konzentration der europäischen Politik auf das, was auf europäischer Ebene auch am besten zu steuern ist, nicht nur effektiv, sondern zahlt sich am Ende für alle staatlichen Ebenen und insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger aus.

Das angekündigte Engagement der Bundeskanzlerin zur Verabschiedung eines Fahrplans für den weiteren Prozess des Verfassungsvertrages am Ende der deutschen Ratspräsident-

schaft unterstreicht die Dringlichkeit eindeutiger Kompetenzen und Verfahrensregeln der EU. Der Verfassungsvertrag sieht gleichfalls eine entscheidende Stärkung der kommunalen Ebene vor. Das Subsidiaritätsprinzip würde durch eine klare Kompetenzordnung mit Leben gefüllt. Dazu gehört, dass die Kommunen in die Subsidiaritätsprüfung einzubeziehen wären und über ein Klagerecht des Ausschusses der Regionen vor dem Europäischen Gerichtshof im Falle der Verletzung kommunaler und regionaler Rechte nicht mehr wehrlos Brüssel gegenüber stehen würden.

Die Kommunale Selbstverwaltung in Städten, Gemeinden und Kreisen ist ein wesentlicher Bestandteil der verfassungsrechtlichen und politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Das Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zeigt, dass CDU und CSU alles daran setzen, diesen Grundsatz auch in Europa umzusetzen.

Drahtloser Breitbandzugang: Versteigerung von Frequenzpaketen - bessere Chancen für die digitale Anbindung ländlicher Räume -

von Bernhard Kaster MdB



Aktiv im Beirat der Bundesnetzagentur und der AG Kommunalpolitik: Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Bernhard Kaster MdB.

Mit der im Dezember 2006 von der Bundesnetzagentur abgeschlossenen Versteigerung von Frequenzpaketen für drahtlosen Breitbandzugang – die sogenannte „WiMAX-Technologie“ – bietet sich jetzt eine Chance für die bessere Versorgung ländlicher Räume mit schneller digitaler Kommunikationsinfrastruktur. Der drohenden digitalen Spaltung zwischen Ballungszentren, die über weitgehend gut ausgebaute und sowohl für private Haushalte als auch Firmen erreichbare DSL-Verbindungen verfügen, und „weißen Flecken“ im ländlichen Raum, die wirtschaftlich nicht attraktiv genug für Investitionen in DSL-Anschlüsse erscheinen, kann jetzt mit dem Ausbau funkgestützter, drahtloser Angebote begegnet werden.

Es wurden insgesamt 28 Versteigerungsregionen gebildet, die die Bundesrepublik Deutschland abdecken. In jeder Region standen vier Frequenzpakete zur Versteigerung an, wobei jeder Bieter in einer Region nur ein Frequenzpaket ersteigern konnte, vorausgesetzt, dass er für diese Region eine Bietberechtigung erhalten hat. Diese Versteigerungsbedingungen sind gegenüber den ursprünglichen Planungen erheblich zu Gunsten ländlicher Räume verbessert worden. Zunächst waren hier nur bundesweit 16 Versorgungsregionen vorgesehen; dies hätte zu einer Bevorzugung und Konzentrierung der neuen Technik in ohnehin schon mit kabelgebundenen DSL-Anschlüssen ausgestatteten Gebieten geführt. Die Aufstockung der Versteigerungsregionen ist maßgeblich durch die Union im Beirat der Bundesnetzagentur durchgesetzt worden. Auch wurden Mindeststandards bei den Funkmastinvestitionen festgelegt.

Bis zum Jahr 2009 wird von den potenziellen Anbietern drahtloser Verbindungen zudem eine Versorgungsquote von mindestens 15 Prozent aller Gemeinden in einer Versorgungsregion gefordert; bis 2011 müssen 25 Prozent erreicht werden. Hier galt es, eine Abwägung zwischen der strukturpolitisch gebotenen, möglichst flächendeckenden Breitbandversorgung und den Rentabilitätsinteressen der interessierten Unternehmen vorzunehmen. Es hätte bei einer weitergehenden kurzfristigen Versorgungsquote das Risiko bestanden, gar keine Interessenten für die angebotenen Frequenzpakete zu finden.

Herzlichen Glückwunsch, Deutscher Landkreistag

Der Deutsche Landkreistag feierte in diesem Monat seinen 90. Geburtstag. CDU und CSU, Partner und Anwalt der Kommunen auf allen politischen Ebenen, gratulieren zu diesem freudigen Ereignis aus ganzem Herzen. Mit Präsident Hans Jörg Duppré an der Spitze vertritt der große kommunale Spitzenverband heute erfolgreich die Interessen der Landkreise. In diesen leben derzeit knapp 56 Mio. Einwohner, das sind rund 68 % der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Gerade in schwierigen Umbruchs- und Modernisierungszeiten, ist es wichtig, in längerfristigen Perspektiven zu denken und zu handeln. Der Deutsche Landkreistag kann dazu auf den reichen Erfahrungsschatz aus 90 Jahren Kampf für die kommunale Selbstverwaltung und Engagement für die Rechte der Landkreise in Preußen und später in ganz Deutschland zurückgreifen. Die Kommunen, die Garant und Grundlage des Staatsaufbaus sind, müssen – auch hinsichtlich des fortschreitenden europäischen Einigungsprozesses – wieder starke und handlungsfähige Einheiten werden. So gilt es heute mehr denn je, die vor Ort schlummernden Elementarkräfte für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands nutzbar zu machen. Dazu brauchen wir starke und leistungsfähige Kommunen. Die Wiederbelebung der kommunalen Selbstverwaltung ist und bleibt eines der vorrangigen Ziele von CDU und CSU.

Kinderbetreuung nicht gegen Kommunen ausspielen

Kommentar von Peter Götz MdB



Peter Götz MdB ist kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzender der KPV Deutschlands.

Die notwendige familienpolitische Diskussion über eine Neuorientierung im Bereich der Kinderbetreuung ist sehr zu begrüßen. Dazu gehört auch ein enttabuisiertes Nachdenken. CDU, CSU und SPD haben sich auf eine seit dem 1.9.2006

in Kraft getretene Föderalismusreform geeinigt, die eine direkte Aufgabenzuweisung an die Kommunen in Bundesgesetzen sowohl bei der Landesverwaltung der Bundesgesetze als auch bei der Bundesauftragsverwaltung ausschließt. Damit hat sich die Union klar für die berechtigten Interessen der Kommunen eingesetzt. Die Durchsetzung des Grundsatzes „wer bestellt – bezahlt“ gilt selbstverständlich auch für den Bereich der Kinderbetreuung. Dabei ist klar, dass sich auch die kommunale Ebene nicht aus der Verantwortung stehlen kann. Es handelt sich um eine grundlegende gesellschaftliche Aufgabe, die nur gesamtstaatlich gelöst werden kann. Die Kommunen haben früh signalisiert, dass sie sich dieser Herausforderung stellen werden. Viele Städte und Gemeinden können bereits umfassende Maßnahmen für mehr Familien- und Kinderfreundlichkeit vorweisen. Diesen Trend gilt es durch vernünftige politische Rahmenbedingungen weiter zu unterstützen.

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB, Hartmut Koschyk MdB CDU/CSU-Bundestagsfraktion 11011 Berlin info@cducsu.de www.cducsu.de
V.i.S.d.P.:	Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik Peter Götz MdB Redaktion: Dr. Harald Bauer Telefon (030) 227 52962